



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 15.03.2024

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 18. März 2024

Fokusthemen: **Tätigkeitsbericht der GPK, Gesundheit**

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag nach der Behandlung einer Fristerstreckung im schriftlichen Verfahren mit dem Tätigkeitsbericht der GPK befassen. Anschliessend steht die Abschreibung von einer Motion und fünf Postulaten an. Sollte danach noch Zeit verbleiben, wird sich der Rat bis zum Sitzungsende mit Vorstössen beschäftigen, welche die Gesundheitsdirektion betreffen. Mit einem Ordnungsantrag wird zu Beginn der Sitzung gefordert werden, die Motion betreffend Krisenzentren für Opfer sexueller Gewalt (Traktandum 10) als Traktandum 4 zu behandeln.

GPK übt scharfe Kritik wegen gescheitertem IT-Projekt

Eine ausführliche Debatte ist zum Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zu erwarten, obschon der Rat den Bericht, den die GPK einstimmig an den Kantonsrat verabschiedet hat, lediglich zur Kenntnis nehmen kann ([KR-Nr. 30/2024](#)). Die GPK wirft darin dem Regierungsrat und der Justizdirektion vor, bei dem seit Jahren kriselnden und nun gescheiterten Informatikprojekt JURIS X zu lange zugeschaut zu haben. Die Probleme bei der Entwicklung seien hinlänglich bekannt gewesen. Die GPK wird nun den Ausstieg der Abraxas Informatik AG aus dem Fachbereich Justiz untersuchen. Erfahrungsgemäss wird der Tätigkeitsbericht zum Anlass genommen, um im Rat auf unterschiedlichste Anliegen hinzuweisen, die darin beleuchtet werden. Die GPK hat im Berichtsjahr drei Prüfungen abgeschlossen und zu zehn laufenden Prüfungen weitere Abklärungen vorgenommen. Zu reden geben dürften neben den Informatikproblemen auch die Vereinheitlichung des kantonalen Personalwesens, die Konflikte an Berufsfachschulen und die Pendenzen beim Steueramt.

GPK-Präsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22

Sechs Vorstösse sollen als erledigt abgeschrieben werden

Unumstritten wird am Montag die Abschreibung von fünf von sechs Vorstössen zu Gesundheitsthemen sein, welche auf Antrag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) als erledigt abgeschrieben werden sollen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Vorstoss vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Umstritten ist die Abschreibung des Postulats von SP und GLP betreffend «Geschlechterunterschiede in der Medizin» (Traktandum 8). Die KSSG beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, das Postulat als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 170/2020](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat gebeten, geeignete Massnahmen aufzuzeigen, wie den Auswirkungen der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der medizinischen Forschung, Prävention und Versorgung mehr Rechnung getragen werden kann. Neben den bereits publik gemachten Massnahmen hat die Gesundheitsdirektion in der Kommission weiter dargelegt, dass sie im Bereich der Prävention geschlechtsspezifische Aspekte berücksichtige. Eine Minderheit (SP, Grüne, EVP, AL) moniert, dass diese im neuen Konzept für Prävention und Gesundheitsförderung 2024 nicht explizit

dargelegt würden, und fordert einen Ergänzungsbericht. Darin soll auch aufgezeigt werden, was der Regierungsrat zur Sensibilisierung von Leistungserbringern und Gesundheitsfachpersonen beitragen kann. Einstimmig zur Abschreibung beantragt die KSSG derweil folgende Vorstösse:

- die Motion der EVP betreffend «Jugendschutz auf E-Zigaretten & Co. ausweiten» ([5800](#))
- das Postulat von EDU, SP, GLP, Grünen und EVP betreffend «Notfallversorgungsqualität der Randregionen verbessern» ([KR-Nr. 42/2021](#)).
- das Postulat von FDP, SP, GLP, Mitte und EVP betreffend «Zweckgebundene und transparente Verwendung der Beiträge für Assistenzärztinnen und Assistenzärzte am USZ» ([KR-Nr. 234/2022](#))
- das Postulat von Grünen, SP, EDU und AL betreffend «Nachhaltige Bekämpfung weiblicher Genitalverstümmelung» ([KR-Nr. 245/2021](#))
- das Postulat der SP betreffend «Keine unnötigen Krankenkassen-Betreibungen» ([KR-Nr. 141/2019](#))

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Minderheit KR-Nr. 170/2020: Brigitte Rööfli (SP, Illnau-Effretikon), 079 753 83 45

Vorstösse zu sexueller Gewalt und zur Attraktivität des Hausarztberufes

Sollte der Kantonsrat vor Ende der Sitzung noch dazu kommen, wird er sich mit der Überweisung von Vorstössen beschäftigen, welche die Gesundheitsdirektion betreffen. Grünen-Kantonsrätin Silvia Rigoni möchte mit breiter Unterstützung den Regierungsrat auffordern, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, auf deren Grundlage zwei Krisenzentren für Opfer sexueller Gewalt an zentraler Stelle geschaffen werden sollen ([KR-Nr. 323/2021](#)). Und FDP-Kantonsrätin Linda Camenisch will, unterstützt von SVP und GLP, die Regierung mit einem ursprünglich von Altkantonsrätin Bettina Balmer eingereichten Postulat beauftragen, dem Kantonsrat einen Bericht vorzulegen, wie er die Attraktivität des Hausarztberufes im Kanton zusätzlich zu den bereits vorliegenden Massnahmen steigern will ([KR-Nr. 367/2021](#)). Der Regierungsrat beantragt, beide Vorstösse abzulehnen.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), 079 749 10 54

Linda Camenisch (FDP, Wallisellen), 079 402 31 41

Schriftliche Verfahren:

Diskussionslos behandelt, weil unumstritten, wird am Montag mit Traktandum 1:

- die Fristerstreckung zu einem Postulat betreffend «Denkmal- und Heimatschutz kontra Klimaschutz» ([KR-Nr. 29/2022](#)).

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12

Parlamentsdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich

Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch